An der Sitzung vom 10. Dezember 2019 befasste sich der Stadtrat u.a. mit folgenden Geschäften:

Interpellation betreffend „Für eine Klimastrategie bei den Anlagen der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld“ von Roman Fischer: Beantwortung

https://www.frauenfeld.ch/politik-verwaltung/politik/gemeinderat/beantwortungen-an-den-gemeinderat-ab-2007.html/538?domainID=1&language=de&treeID=1989

Petition "Klimanotstand in Frauenfeld"

Der Stadtrat beantwortet die Petition wie folgt:

Petitionstext

Die Unterzeichnenden fordern den Stadtrat Frauenfeld dazu auf, den Klimanotstand auszurufen
und die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von
höchster Priorität zu behandeln, und dass sich der Stadtrat für folgendes einsetzt:

- Die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen davon betroffenen Geschäften zu berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

- Die Stadt Frauenfeld informiert ihre Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Der Begriff «Klimanotstand» ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für
die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein.

Beantwortung

Im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, bis 2030 ihren Treibhausgasausstoss gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren.

Mit der Unterzeichnung des Klimaübereinkommens von Paris 2015 hatte der Bundesrat das langfristige Ziel angekündigt, die Emissionen der Schweiz bis 2050 um 70 bis 85 Prozent zu vermindern. Dieses Ziel basierte auf Erkenntnissen des Weltklimarates (IPCC), wonach die

Klimaerwärmung bis zum Jahr 2100 auf unter 2 Grad zu begrenzen ist, um gravierende Folgen für Mensch und Artenvielfalt zu verhindern.
2018 hat der IPCC aufgezeigt, dass bereits ab einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad mit gravierenden Veränderungen der Ökosysteme gerechnet werden muss und eine ausgeglichene Emissionsbilanz von Netto-Null Emissionen bereits wesentlich früher erreicht werden muss. Gemäss den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen bedeutet Netto-Null Emissionen eine vollständige Abkehr von fossilen Brenn- und Treibstoffen, insbesondere im Strassenverkehr und bei den Gebäuden. Zudem bräuchte es wahrscheinlich alternative Treibstoffe im Flugverkehr sowie unter Umständen die Einlagerung von Treibhausgasen (CO_2-Sequestrierung und carbon dioxide capture and storage). Dieses Klimaziel stellt sicher, dass die Schweiz ihren Beitrag zur Begrenzung der weltweiten Klimaerwärmung auf unter 1.5 Grad leistet.

Die Schweiz ist vom Klimawandel besonders betroffen, da die Temperaturen hierzulande doppelt so stark steigen wie im weltweiten Durchschnitt. Das ergab die Auswertung von Messreihen der letzten hundert Jahre. Die Erwärmung hat sich jüngst sogar beschleunigt, wie Analysen der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) und der ETH in Lausanne zeigen. Nach Angaben der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL sind die Temperaturen in den letzten 30 Jahren am stärksten im Frühjahr und im Sommer angestiegen. Beide Jahreszeiten haben sich um mehr als 0,8 Grad pro Jahrzehnt erwärmt. Dieser Umstand erklärt zum Beispiel den massiven Rückgang der Schweizer Alpengletscher seit den achtziger Jahren sowie den zeitigeren Vegetationsbeginn im Frühjahr. Offenbar ist es die geografische Lage der Schweiz, welche die überdurchschnittliche Erwärmung begünstigt. Unter Klimaforschern ist anerkannt, dass sich die globale Erwärmung einerseits stärker auswirkt, je näher man den Polen kommt. Andererseits üben Meere einen kühlenden Effekt auf Küstenländer aus. Im Binnenland Schweiz ist der Effekt entsprechend schwächer.

Der Bundesrat hat vor diesem Hintergrund die Klimaziele am 28. August 2019 präzisiert und beschlossen, dass die Schweiz bis 2050 nicht mehr Treibhausgase ausstossen soll, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können (https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76206.html). Dies bedeutet Netto-Null Emissionen bis zum Jahr 2050.

Das Thurgauer Kantonsparlament befasste sich im Juli 2019 aufgrund einer Interpellation, welche von 60 Kantonsräten unterzeichnet wurde, mit dem Klimawandel. Der Regierungsrat des Kantons Thurgau verzichtet auf die Ausrufung des Klimanotstands, da er keine Symbolpolitik betreiben will. Stattdessen will er eine kantonale Koordinationsstelle „Klimawandel" aufbauen um konkrete Klimaschutzziele zu erarbeiten. Diese Stelle soll die ämterübergreifende Umsetzung der zahlreichen Massnahmen in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Umgang mit Naturgefahren, Waldwirtschaft, Raumentwicklung oder Biodiversitätsmanagement sicherstellen. Die neu zu schaffende Stelle wird die nötigen Wissensgrundlagen zusammenstellen, den Aktionsplan ausarbeiten und die Wirkung analysieren.

In Frauenfeld sind die Klimaziele beziehungsweise die energiepolitischen Massnahmen im Richtplan Energie festgeschrieben. Das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft bildet die entsprechende Grundlage, welche der Bundesrat im Jahr 2002 zur Zielvorgabe der langfristigen Energie- und Klimapolitik der Schweiz gemacht hat. Das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft geht davon aus, dass in Zukunft der Primärenergieverbrauch weltweit durchschnittlich 2000 Watt pro Kopf und Jahr betragen darf. Davon sollen nur noch 500 Watt durch fossile Energieträger bereitgestellt werden. Die Umsetzung des behördenverbindlichen Energierichtplans erfolgt mit unterschiedlichen Instrumenten, die teilweise grundeigentümerverbindlich sind.

Dazu gehören Anpassungen in der Bau- und Zonenordnung respektive im Baureglement, Vorgaben in Sondernutzungsplanungen (z.B. Gestaltungsplänen sowie Anschlussverpflichtungen an Wärmenetze mit erneuerbaren Energien (gestützt auf das «Gesetz über die Energienutzung» (731.1) Art. 15). Private können im Übrigen ermutigt, jedoch nicht verpflichtet werden, die räumlichen Festlegungen des Energierichtplanes zu erfüllen.

In Datenauswertungen zeigt sich, dass in Frauenfeld rund 75 Prozent der klimarelevanten pro Kopf CO_2-Emmissionen durch die Wirtschaft und den Verkehr produziert werden. Der Rest stammt aus privaten Haushalten und den kommunalen Gebäuden. Der pro Kopf CO_2-Ausstoss wird unter anderem auch durch marktwirtschaftliche Effekte beeinflusst. So konnte beispielsweise in Frauenfeld festgestellt werden, dass aufgrund der Strommarktliberalisierung für Grossverbraucher, der pro Kopf CO_2-Ausstoss seit 2014 angestiegen ist, da Industrie- und Grosskunden zum Teil auf günstige Stromprodukte aus nicht nachhaltiger Produktion zurückgreifen. Der Anstieg des CO_2-Ausstosses konnte trotz der Abgabe von 100% Naturstrom mit praktisch ausschliesslich Schweizer Wasserkraft im Basisangebot seit 2012 nicht kompensiert werden. Bereits ab Januar 2012 verzichteten die Werkbetriebe vollständig auf den Bezug von Kernenergie und stellten ihren Kundinnen und Kunden nur Strom aus Schweizer Wasserkraft und anderer nachhaltiger Produktion wie Solarstrom zur Verfügung. Der Aktuelle Strommix im Grundangebot besteht aus 93.3 Prozent Wasserkraft und 6.7 Prozent aus anderer nachhaltiger Produktion wie Biomasse, Sonnen- und Windenergie. Vor 2012 setzte sich der Strommix aus 81 Prozent Kernenergie und 18 Prozent Wasserkraft zusammen.

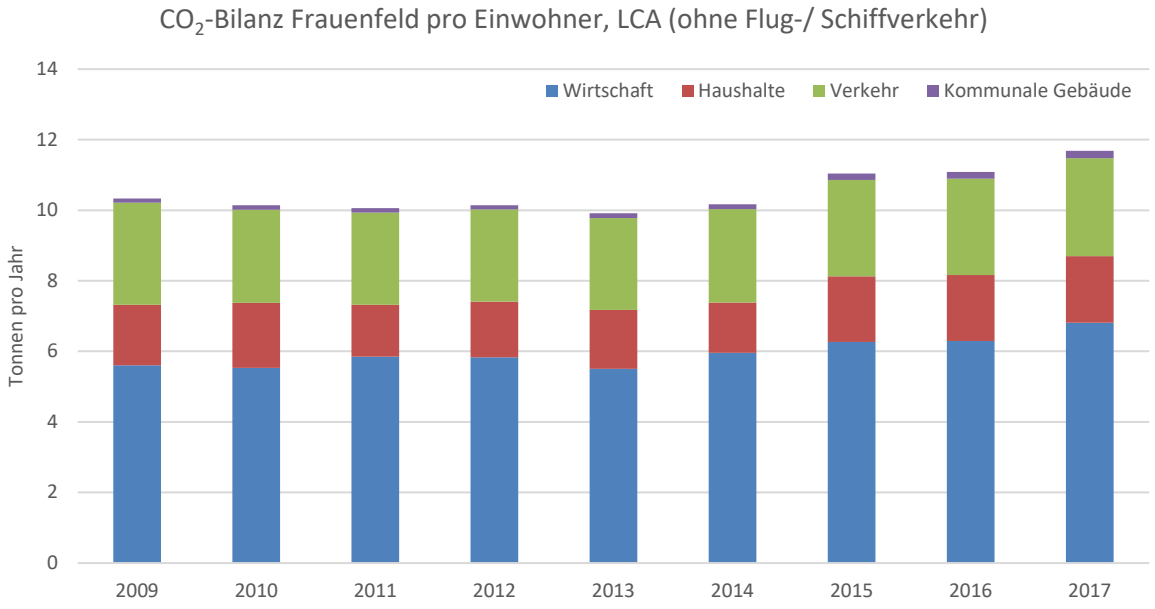

Abbildung 1: CO_2 Bilanz (LCA) von Frauenfeld pro Einwohner. Eine Ökobilanz und Lebenszyklusanalyse («Life Cycle Assessment» (LCA)) dient der systematischen Erfassung und Analyse der Auswirkungen auf die Umwelt über den gesamten Lebenszyklus von Produkten oder Dienstleistungen.

Seit 2003 ist Frauenfeld Energiestadt, seit 2014 Energiestadt Gold. Eine Energiestadt ist eine Gemeinde oder Stadt, die sich kontinuierlich für eine effiziente Nutzung von Energie, den Klimaschutz und erneuerbare Energien sowie umweltverträgliche Mobilität einsetzt. Dafür erhält sie vom Trägerverein Energiestadt alle vier Jahre das Label verliehen. Der Stadtrat verabschiedet jährlich ein energiepolitisches Programm welches durch die Arbeitsgruppe Energie

erarbeitet wird und über 60 Massnahmen in sechs Bereichen («Entwicklungsplanung, Raumordnung», «Kommunale Gebäude und Anlagen», «Ver- und Entsorgung», «Mobilität», «Interne Organisation» und «Kooperation und Kommunikation») beinhaltet.

Die Bevölkerung in Frauenfeld wird bereits über verschiedene Kanäle, wie zum Beispiel sozialen Medien, bezüglich des Klimawandels, seinen Auswirkungen und anderen Nachhaltigkeitsthemen breit informiert. Im Rahmen von grossmehrheitlich kostenlosen Energieberatungen werden die Kunden hinsichtlich der Nutzung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz-Massnahmen, der E-Mobilität und Förderprogrammen beraten. Beratungen der regionalen Energieberatungsstelle (www.eteam-tg.ch) werden der Industrie, dem Gewerbe und Privatpersonen angeboten. Zahlreiche Veranstaltungen, Exkursionen, Ausstellungen und Vorträge zur Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich Nachhaltigkeitsthemen und dem Klimawandel runden das Informationsangebot ab.

Gestützt auf den Volksentscheid vom September 2010, trat das Energiefonds-Reglement und damit das städtische Förderprogramm anfangs 2012 in Kraft. Seither wird der Fonds jährlich mit einer halben Million Franken aus Steuergeldern der Stadt und einer halben Million Franken aus Mitteln der Werkbetriebe Frauenfeld geäufnet. Der Förderfokus liegt stark auf energetischen Gebäudehüllensanierungen und der Nutzung von Solarenergie. Gemäss der kantonalen Abteilung Energie (DIV) konnten mit Unterstützung aus dem kantonalen und städtischen Förderprogramm Energie beziehungsweise dem Energiefonds im vergangenen Jahr rund 575’000 Liter Erdöläquivalent in Frauenfeld eingespart werden. Dies ergibt eine Reduktion der CO_2-Emissionen von ca. 900 Tonnen pro Jahr.

Das Alterszentrum Park (mit den Häusern Talbach, Ergaten, Parksiedlung und Betreutes Wohnen) sowie das Haus Sapone werden bereits seit Februar 2009 CO_2-neutral mit einer Holzschnitzelheizung beheizt und mit Warmwasser versorgt. Der Kessel mit einer Leistung von 450 Kilowatt liefert pro Jahr 1'545'000 Kilowattstunden Wärmeenergie und spart somit rund 410 Tonnen CO2 ein, was jährlich cirka 150'000 Litern Heizöl entspricht. Die Holzschnitzel werden aus der Region angeliefert.

Dank dem Betrieb und dem laufenden Ausbau des Fernwärmerings durch die Werkbetriebe Frauenfeld, welcher die Abwärme der Abwasserreinigungsanlage (ARA) als erneuerbare Wärmequelle nutzt, werden der Verbrauch an fossilen Energieträgern und der damit verbundene CO_2-Ausstoss in Frauenfeld erheblich gesenkt. Im angedachten Versorgungsgebiet beträgt das jährliche Einsparpotential an fossilen Brennstoffen rund 18 Gigawattstunden, was ungefähr 1.8 Mio. Litern Heizöl entspricht. Die damit erzielte jährliche Reduktion des CO_2 Ausstosses beträgt im Endausbau pro Jahr 4’000 Tonnen.

Bereits seit 2012 bieten die Werkbetriebe ihren Kundinnen und Kunden drei ökologische Biogasprodukte an. Daneben werden seit Herbst 2014 im Vergärwerk der Kompogas Winterthur AG biogene Abfälle zu Kompost, Dünger und Biogas verarbeitet. So werden jährlich aus 4'000 Tonnen Frauenfelder Grüngut rund 2 Millionen Kilowattstunden Biogas gewonnen. Total werden in Frauenfeld aktuell rund 2.5 Millionen Kilowattstunden Biogas bezogen was einem Anteil von circa 0.6 Prozent des gesamten in Frauenfeld abgesetzten Erdgas entspricht. Im vergangen Jahr haben über 420 Kunden Erdgas mit einem Anteil Biogas oder zu 100 Prozent reines Biogas bezogen und damit den Ausstoss von CO_2 um rund 720 Tonnen reduziert, dies entspricht einer Einsparung von rund 330'000 Litern Heizöl pro Jahr.

Mit dem erfolgreichen Beteiligungsmodell an Solarstromanlagen können sich die Kundinnen und Kunden der Werkbetriebe Frauenfeld längerfristig den Bezug von Solarstrom zusichern lassen. Seit dem Bau der ersten Frauenfelder Solarstromanlage 2015 haben sich bereits 77 Personen für eine Beteiligung an einer der drei Frauenfelder Solarstromanlagen entschieden und unterstützen somit eine nachhaltige, emissionsfreie und regionale Form der Energieproduktion. Gesamthaft haben die Solarstromanlagen eine Leistung von 150 Kilowatt Peak und produzieren jährlich rund 155'100 Kilowattstunden Strom aus nachhaltiger Produktion. Da bereits eine Warteliste für weitere Beteiligungen geführt wird, suchen die Werkbetriebe Frauenfeld laufend nach neuen Dachflächen um weitere Beteiligungsanlagen zu erstellen.

Die Abwärme der Kompressoren für die Eisproduktion der stadteigenen Kunsteisbahn wurde in der Vergangenheit grösstenteils über zwei Kühltürme ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Seit Ende 2018 wird ein Teil der Abwärme in ein sogenanntes Anergienetz, an welchem das Schulhaus Auen, die Turnfabrik und die Schwinghalle angeschlossen sind, abgegeben. Durch die Umsetzung des kompletten Abwärmenutzungskonzeptes kann jährlich eine Energiemenge von gegen 1'000 MWh Erdgas ersetzt (substituiert) werden. Gleichzeitig kann der CO_2-Ausstoss um 220 Tonnen reduziert werden.

Die Aufzählung der obengenannten Massnahmen und Schritte im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit der Energieproduktion und Verteilung ist nicht abschliessend. Auch bei zukünftigen städtischen Projekten werden Massnahmen zu einer effizienten und klimaneutralen Energieversorgung berücksichtigt.

Es ist vorgesehen, dass der angedachte Neubau des Hallenbades in Frauenfeld im Minergie P Baustandard ausgeführt werden wird. Mit dem Anschluss an den kalten Fernwärmering wird der gesamte Energiebedarf des neuen Hallen-, Frei- und Sprudelbad gedeckt werden können. Eine Photovoltaikanlage wird den elektrischen Energiebedarf teilweise decken.

Die Werkbetriebe evaluieren ihrerseits Erzeugungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien und werden ein Wärme/Kälte-Konzept für Frauenfeld erarbeiten, insbesondere auch zur Mittelfristbetrachtung der Erdgasversorgung.

Grundsätzlich begrüsst der Stadtrat jegliche Schritte zur Erreichung der Klimaziele. Diese Zielsetzungen sind ambitiös und bedingen ein konsequentes Handeln aller Beteiligten. Zu beachten ist allerdings, dass der Handlungsspielraum des Stadtrates aufgrund der gesetzlichen Grundlagen begrenzt ist. Die im Richtplan Energie formulierten Ziele können nicht alleine mit Massnahmen der Stadt Frauenfeld erreicht werden. Für die Zielerreichung ist ebenfalls eine aktive Energiepolitik auf kantonaler und nationaler Ebene nötig. Ohne die entsprechende Mitwirkung aus Politik, dem Gewerbe, der Industrie und letztendlich den Einwohnerinnen und Einwohnern sind die Klimaziele aus Sicht des Stadtrates nicht zu erreichen.

Die Stadt Frauenfeld ist aufgrund ihrer Gemeindeordnung (Art. 2) dazu verpflichtet, den Schutz der Umwelt und der Lebensgrundlagen zu fördern (frauenfeld.ch -> Politik & Verwaltung -> Reglemente & Verordnungen). Der Klimaschutz beziehungsweise ein «intaktes» Klima wird in der Gemeindeordnung nicht explizit erwähnt, ist aber aus Sicht des Stadtrates selbstredend eine Lebensgrundlage. Eine entsprechende Ergänzung des Artikel 2 Absatz 2 in der Gemeindeordnung ist für den Stadtrat dennoch vorstellbar. Die Ausrufung des Klimanotstandes dagegen betrachtet der Stadtrat als Symbolpolitik. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Ausrufung des Klimanotstands seitens der Petitionäre nur symbolisch zu verstehen

sein soll und somit keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen darstellt.

Botschaft Revision Reglement Abgabe Erdgas

https://www.frauenfeld.ch/politik-verwaltung/politik/gemeinderat/botschaften-an-den-gemeinderat-ab-2007.html/537?domainID=1&language=de&treeID=1982